

„Museen als Schaufenster in die neue Welt. Im Blick: Migration und Flucht“

17. November 2016: Migration, Diaspora und städtische Transformation

Workshop C mit Marcel Nikolov (Politikwissenschaftler, Referent Öffentlichkeitsarbeit beim Verfassungsschutz Berlin). Impulsreferat: „Migration und Islamismus: Ideologie, Propaganda, (De-)Radikalisierung“

Input und Diskussion im Workshop:

In den Medien wird zum Teil eine allgemeine Verunsicherung verbreitet zum Thema Migration und Sicherheit, zum Beispiel darüber, wie viele IS-Kämpfer unter den Flüchtlingen sind. Für uns ist es interessant zu verstehen, welchen Umgang es mit dieser Thematik beim Verfassungsschutz (VS) gibt. Laut Marcel Nikolov sieht der VS Migration als Chance und Herausforderung zugleich (aktive Gestaltung von Stadtentwicklungsprozessen, aber auch Herausforderungen, wenn Verwaltungen oder Menschen mit dem Thema der Migration überfordert sind). Herausforderungen gibt es auch beim Feld Migration und Sicherheit, wozu es bereits viel Forschung gibt: Migration ist nicht per se ein Sicherheitsproblem, aber es gibt bestimmte Aspekte, die wichtig sind für die innere Sicherheit. Der Fokus des Workshops ist das Thema Islamismus/islamistischer Terrorismus. Welche Zusammenhänge sind relevant für die Sicherheitsbehörden, welche für die Gesellschaft?

Die Teilnehmenden des Workshops sind eine bisher ungewohnte Zielgruppe für Marcel Nikolov, weshalb sich alle kurz vorstellen und ihre Erwartungen formulieren. Auch für die Teilnehmenden ist der VS eine „interessante Spezies“. Insgesamt ist die Stimmung gegenüber dem VS eher zurückhaltend bis ziemlich kritisch. Ein Vertreter des Museums für Vor- und Frühgeschichte in Berlin ist aus privatem Interesse bei dem Workshop dabei. Eine Teilnehmerin macht gerade einen Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug und arbeitet mit Geflüchteten an einer Zeitung. Studiert hat sie Kunstgeschichte und Geografie. Sie kennt Leute aus der Türkei und aus dem Iran, die gerade sehr alarmiert über den Zustand des IS und den islamistischen Schub sind. Gleichzeitig findet sie es problematisch, den Islam generell zu diskreditieren. Ein Teilnehmer (Stadtmuseum) findet die Möglichkeit spannend, mit jemandem vom VS zu diskutieren und dem Thema außerhalb des Museums zu begegnen. Einer betont, dass es in der Migrationsarbeit immer ordnungs- und sicherheitspolitische Aspekte gibt. In den Flüchtlingsunterkünften in Stuttgart sind Missionierungen durch Zeugen Jehovas, Salafisten etc. ein Thema. Wie kann man damit umgehen? Nicht nur unter den Flüchtlingen, auch unter den hier Ansässigen gibt es IslamistInnen, besonders aus marginalisierten Bevölkerungsschichten (z.B. abgehängte Jugendliche mit oder ohne Migrationshintergrund). Eine Teilnehmerin vom Museumsverband Brandenburg sucht Weiterbildung für sich selber. Ein anderer (Museum FHXB) hat den ersten Kontakt mit dem VS und bringt die Kreuzberger Perspektive mit. Eine weitere Teilnehmerin (Museum FHXB, Studentin der Geschichte und Soziologie) ist schockiert über die Arbeit des VS in der NSU-Affäre und will deshalb die Chance wahrnehmen, den institutionellen Zugang zum Thema kennenzulernen. Eine Mitarbeiterin des IRS interessiert sich für den Blick des VS auf Themen, mit denen sie sich privat und wissenschaftlich beschäftigt. Eine Mitarbeiterin der Plattform Kulturelle Bildung Brandenburg interessiert sich für den Zusammenhang und für die Terminologie „Islam“, „Islamismus“ und Ursachen für politischen Radikalismus. Eine Teilnehmerin (FHXB) arbeitet viel mit Jugendlichen und Kindern mit verschiedenen Hintergründen zusammen. Einige von ihnen sind in Kontakt gekommen mit

Missionierungsversuchen. Wie kann man versuchen, in der kulturellen Bildung etwas zu vermitteln, das die Leute vor bestimmten Radikalisierungsideen schützt?

Marcel Nikolov beschreibt den VS als „Rauchmelder“: Er nimmt Rauch in einem Gebäude wahr und meldet diesen Sachverhalt weiter an die Polizei und Feuerwehr. Diese Institutionen sind dafür zuständig, den Brand zu löschen. Der VS ist der Inlandsnachrichtendienst der Bundesrepublik. (Jedes Bundesland hat einen eigenen VS. Außerdem gibt es das Bundesamt für VS.) Der VS beobachtet u.a. islamistischen Terrorismus, also Gefahren für die Demokratie, analysiert Zusammenhänge und gibt diese Informationen an Polizei, Justiz und Öffentlichkeit weiter. Seine Aufgabe ist es, Informationen zu sammeln und zu verarbeiten, nicht aber z.B. Rechtsextremismus zu bekämpfen und Straftaten zu verfolgen. Vor wenigen Tagen gab es Razzien gegen die „Wahre Religion“ (ein Missionierungsverein), die von der Polizei durchgeführt wurden. Die Belege, um die Verbotsverfügung zu legitimieren, kommen dagegen auch vom VS. Ebenfalls beim abgesagten Fußballspiel in Hannover vor einem Jahr waren Informationen des VS relevant. Kriterien sind tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass eine Organisation zweck- und zielgerichtet versucht, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterwandern. Es findet keine strategische Kommunikationsüberwachung statt und es gibt keine anlasslosen Datensammlungen.

Es kommt die Frage auf, wie der VS wahrnimmt, dass Dinge aus dem Ruder laufen und welche Kommunikationskanäle bestehen. Herr Nikolov erklärt, dass es nicht um Einzelpersonen oder politische Einstellungen gehe. Wenn eine Person ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild hat, aber nur am Stammtisch darüber spricht, dann ist das kein Fall für den VS (s.o.). WissenschaftlerInnen kritisieren häufig die Extremismusdefinition: Was machen wir mit dem „Extremismus der Mitte“? Die Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht in Kürze eine neue Studie, die zeigt, dass es auch extremistische Weltbilder in der Mitte der Gesellschaft gibt. Solange sich dieser Personenkreis nicht handlungsaktiv auftritt, ist das kein Fall für den VS. Der VS grenzt sich bewusst von der Idee ab, eine „Gesinnungspolizei“ zu sein.

In Berlin hat der VS ca. 250 MitarbeiterInnen und ist als Abteilung in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport angesiedelt. *„Wir sind ein völlig bunter Haufen.“* Es gibt sehr unterschiedliche Aufgabenstellungen (Islamismus, Linksextremismus, Rechtsextremismus, Ausländerextremismus), weshalb auch unterschiedliche akademische Hintergründe und berufliche Erfahrungen gefragt sind, z.B. SprachexpertInnen. Ca. 50 % der MitarbeiterInnen sind Frauen, viele MitarbeiterInnen haben eine Zuwanderungsgeschichte.

Je nach Land ist es unterschiedlich, auf welcher Extremismusform der Schwerpunkt der Arbeit liegt. In Berlin wird alles gleichermaßen untersucht. In Brandenburg liegt ein Schwerpunkt auf Rechtsextremismus. Es wird weiter nachgefragt, ob rechtsextremistische Organisationen mit einem anderen Auge betrachtet werden als linke Organisationen. Für Berlin streitet Nikolov das ab. Der VS sei nur ein Spiegelbild der Gesellschaft. Die Kritik des institutionellen Rassismus kann Nikolov aus seiner persönlichen Erfahrung nicht bestätigen.

Bevor ein Personenzusammenschluss beobachtet wird, wird zunächst „der Markt gescreent“ und eine Organisation ggf. zum Prüffall erklärt. Daraufhin werden Belege aus offenen Quellen gesammelt (Vereinsatzungen, Parteiprogramme etc). Wenn diese für extremistische Bestrebungen sprechen, kann eine Organisation zum Beobachtungsfall werden. Momentan gibt es eine Diskussion um die AfD. Es gibt politische Forderungen, die AfD durch den VS beobachten zu lassen, allerdings liegt das

allein in der Verantwortung des VS. Die AfD als Gesamtpartei muss dafür belegbar vom Rechtsextremismus unterwandert sein, Einzelmeinungen sind nicht ausreichend. Die Behörden wägen das genau ab. Eine Teilnehmerin meint, ihr leuchte diese Argumentation nicht ganz ein. Sie sieht bei einigen AfD-PolitikerInnen eine klare Handlungs- und Zielorientierung.

Beim islamistischen Terrorismus werden Einzelpersonen dagegen sehr wohl beobachtet, weil hier charakteristisch ist, dass Einzelpersonen und/oder Kleinstgruppen agieren und sich radikalieren. Dies wird am Beispiel Würzburg deutlich, wo jemand mit einem Küchenmesser durch einen Regionalzug zog. Auch Social Media spielen eine wichtige Rolle als Informationsquelle. Es werden allerdings nicht gezielt Profile angelegt, um Desinformationen zu verbreiten. Es werden lediglich öffentliche Posts, verlinkte Personen etc. analysiert. Auch V-Personen werden in der islamistischen Szene eingesetzt und sind für den VS ein elementares Element der Informationsgewinnung. Aus seiner Perspektive als Politologe meint Marcel Nikolov, könne er demokratietheoretisch hinterfragen, ob es legitim sei, dass eine Demokratie mit ExtremistInnen zusammenarbeite. Es wird eingewendet, dass durch V-Personen Terrorismus erst finanziert werde und V-Personen sowieso keine brisanten Informationen weitergeben würden. (Offiziell gibt es die Vorgabe, dass die Prämien für V-Personen nicht dafür genutzt werden dürfen, um extremistische Organisationen zu unterstützen.) Mittlerweile gibt es neue, resolutere Standards für die Rekrutierung und Führung von V-Personen. Zum Beispiel dürfen Vertrauenspersonen keine schweren Straftaten begehen. *„Dass es schwarze Schafe gibt und dass über Optimierungen im Bereich des V-Personenwesens nachgedacht werden musste, das hat auch der NSU sehr deutlich gezeigt.“* Laut Marcel Nikolov gab es einen Bewusstseinswandel, dass das V-Personen-Wesen nicht mehr so geführt werden kann wie in der Vergangenheit.

Es kommt mit Bezug auf den NSU die kritische Nachfrage, welche Gründe es gibt, bestimmte Informationen zu bestimmten Zeitpunkten nicht zugänglich zu machen, obwohl das genau die Aufgabe des VS ist. Oftmals steht dem der Quellenschutz entgegen. Herr Nikolov zieht sich darauf zurück, dass er nur für Berlin sprechen kann. Hier arbeitet er seit vier Jahren und hat offensichtlich die NSU-Affäre nicht mitbekommen. In Berlin wurden Akten geschreddert, was nicht hätte passieren dürfen. Dafür ist die damalige Leiterin des VS gegangen. Der Anspruch sei, die Untersuchungsausschüsse zu unterstützen.

Der Workshop schwenkt inhaltlich zum Thema Islamismus, worunter die Politisierung des Islams verstanden wird. Im Gegensatz zum 1.400 Jahre alten Islam ist der Islamismus eine recht junge Bewegung (zu beobachten seit den 1920er Jahren). Angefangen hat es mit der Muslimbruderschaft in Ägypten. Die Trennung von Religion und Staat/Politik wird laut dieser Ideologie aufgehoben. Es geht um die Definition eines Gesellschaftssystems und einer Herrschaftsordnung nach Vorgaben aus dem Koran. Weltliche Gesetze werden zugunsten des Korans abgelehnt und als „Methode der Ungläubigen“ dargestellt. „Es gibt keinen Einheits-Islamismus“, sondern unterschiedliche Vereinigungen mit unterschiedlichen Zielsetzungen. Ein Teilnehmer weist auf „Grauzonen“ hin: Beispielsweise gibt es in Baden-Württemberg einige MuslimInnen, die ihrer Gesinnung nach IslamistInnen sind, aber nicht zu Gewalt aufrufen. Zum nicht gewaltorientierten Islamismus zählt z. B. die Millî Görüş-Ideologie. Der VS fokussiert sich dagegen vor allem auf die gewaltorientierte Sparte. Hier wird unterteilt in „gewaltbefürwortend“, „gewaltausübend“ (z. B. Hamas, Hisbollah) und transnationale Terrornetzwerke (z. B. IS und Al-Qaida), die das größte Risikopotential für die innere Sicherheit bedeuten.

Ein anderer Kategorisierungsansatz unterscheidet zwischen Salafismus und Nicht-Salafismus. Der Salafismus ist ein Rückbezug auf eine idealisierte Frühform des Islam vor 1.400 Jahren auf der arabischen Halbinsel. Im 19. Jahrhundert gab es eine salafistische Strömung, die sich aufgrund der Industrialisierung und Modernisierung zurückorientiert hat auf die ersten Generationen von MuslimInnen und sich trotzdem als vereinbar mit den Prozessen der Gegenwart und den Demokratieentwicklungen ansah. Der nicht-extremistische „puristische Salafismus“ beinhaltet den Verzicht auf bestimmte moderne Gegenstände/Technik und eine Kleiderordnung. Relevant für den VS wird es erst, wenn der Salafismus politisch oder djihadistisch gedacht und gelebt wird. Ein Bsp. für politischen Salafismus ist die „Wahre Religion“ (Umsetzung von nicht gewaltorientierten Missionierungskampagnen). Beim Djihadismus werden Anschläge geplant (z.B. IS, Al-Qaida), der militante Djihad gilt hier als 6. Glaubenspfeiler des Islam. Das Töten von „Ungläubigen“ wird als legitim angesehen.

Ein Teilnehmer berichtet, dass laut den muslimischen Fachverbänden Djihadisten nicht in die Moscheen eingebunden sind und die Radikalisierung eher über das Internet stattfindet. Findet der erste Schritt nicht doch über die salafistischen Moscheen statt? Herr Nikolov bestätigt, dass es in Berlin drei Moscheen gibt, die als salafistische Treffpunkte gelten und wo auch eine Radikalisierung stattfindet.

In Berlin leben circa 250.000-300.000 MuslimInnen (in Deutschland ca. 4,5 Mio.), wovon geschätzt 1.730 (unterschiedlich aktive) IslamistInnen sind. (Nicht alle davon sind gewaltorientiert.) Es geht also nur um eine ganz kleine Teilgruppe, die „viel Krawall verursacht“. Insgesamt gibt es laut VS ein sehr positives gesellschaftliches Miteinander mit MuslimInnen in Deutschland. Eine Teilnehmerin wendet ein, dass die Medien nicht diese klare Differenzierung vornehmen und MuslimInnen zunehmend unter Generalverdacht gestellt werden. Genau diese gesellschaftliche Spaltung sei das Ziel der Terrorgruppen. Wie macht sich der VS intern Gedanken über seine Verantwortung, auch was die Terminologie angeht? Warum muss man diesen Terrorismus überhaupt Islamismus nennen (was den Begriff einschließt)? Kann nicht allgemein über politischen Radikalismus gesprochen werden? Viele „IslamistInnen“ seien gar nicht religiös. Nikolov erzählt, dass auch die IslamwissenschaftlerInnen beim VS unzufrieden mit dem Begriff des Islamismus seien. Allerdings sei es sehr schwer, einen anderen Begriff zu entwickeln. *„Wir brauchen eine stärkere begriffliche Abgrenzung zwischen Islam und der extremistischen Variante des politischen Islam.“* Bei vielen Menschen wird der Islam per se als unvereinbar mit „etwas was, wir hier haben“ angesehen. Nicht nur inhaltlich, sondern auch begrifflich ist daher eine stärkere Sensibilität wichtig.

Marcel Nikolov erläutert als Fallbeispiel die Ereignisse am 18. Juli 2016 in Würzburg. Der Asylsuchende Riaz Khan A. aus der afghanisch-pakistanischen Region verletzte Menschen in einem Regionalzug mit einem Küchenmesser. Seine Radikalisierung fand im Verborgenen statt. Mutmaßlich hatte er Kontakte zu Personen aus dem IS-Bereich und holte sich dort Anweisungen, wie er die Tat begehen soll. Daher gilt dieser Fall als der erste islamistische Anschlag in Deutschland mit Verbindungen zum IS. Der Täter selbst hat ein Video während des Anschlags gedreht, das später von einer IS-nahen Medienstelle veröffentlicht wurde. Der erste islamistische Anschlag fand 2011 statt als Arid Uka am Frankfurter Flughafen zwei US-amerikanische Soldaten in einem Bus erschossen hat.

Die Bundesrepublik ist schon länger im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus. Die Tatplanungen sind hochkonspirativ, insbesondere bei EinzeltäterInnen und Kleinstgruppen. Arbeiten Gruppen dagegen in Netzwerken und kommunizieren über Handy/Mail etc., ist es leichter für die

Sicherheitsbehörden, das aufzuspüren. Häufig findet jedoch nur Face-to-Face-Kommunikation statt. „Berlin ist als Anschlagziel besonders attraktiv.“ (Dschaber al-Bakr hatte z.B. bereits den Flughafen Tegel ausgespäht). Der VS spricht von einer „abstrakt hohen Gefährdungslage“, das heißt es kann jederzeit etwas passieren, wogegen die Behörden mit repressiven Maßnahmen vorgehen. Auch im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften sind salafistische Missionierungskampagnen zu beobachten (z.B. Projekt „Lies!“, Angebot von Freizeitmöglichkeiten, Ausflügen etc.). Die politische Zielsetzung wird dabei häufig anfangs verschleiert. Die Ereignisse am 13.11.2015 in Paris zeigen, dass z.T. TerroristInnen die Flüchtlingsrouten nutzen, um sich in Europa einzuschleusen und hier Anschläge zu verüben. Es besteht die Gefahr, dass geflüchtete Menschen generell diskreditiert werden. RechtspopulistInnen sprechen davon, dass Deutschland „Terroristen importiert“. Hinter Anschlägen steht der Versuch, die politische Stimmung zu beeinflussen und „unseren Wertekanon zu destabilisieren“. Es gibt Einzelfälle, wo ehem. Mitglieder/SympathisantInnen/UnterstützerInnen transnationaler Terrornetzwerke sich unter den Geflüchteten befinden. Auch das wird medial ausgeschlachtet und instrumentalisiert. Genau diese mediale Überzeichnung, die das Bedrohungsgefühl stärkt, spielt den TerroristInnen in die Hände, wie eine Teilnehmerin betont. Rechtsextreme Gruppen wie die „Reichsbürger“ wurden dagegen jahrelang heruntergespielt, was ein Missverhältnis der Berichterstattung deutlich macht. Herr Nikolov berichtet über eine Studie, die zeigt, was Bilder auslösen können. Mit Bezug auf die in Deutschland ankommenden Geflüchteten wurden häufig nur kleine Bahnhöfe auf dem Land gezeigt, wodurch der Eindruck von der „Überflutung“ von Kleinstädten erzeugt wird. Die mediale Aufbereitung kann durchaus eine negative Haltung in Teilen der Bevölkerung befördern.

9.200 SalafistInnen sind in Deutschland aktiv, rund 740 in Berlin (davon gilt die Hälfte als gewaltorientiert). Aus Deutschland sind circa 850 ausgewandert nach Syrien und in den Irak, um Kampfhandlungen zu begehen oder den IS z.B. logistisch zu unterstützen (aus Berlin sind das etwa 110 Personen). 20% davon sind Frauen. Etwa ein Drittel der 850 Personen sind wieder zurückgekehrt, häufig radikalisiert. Bei Hinweisen auf Straftaten werden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es ist heute unkomplizierter, sich einer terroristischen Organisation wie dem IS anzuschließen als früher, weil dieser (noch) über ein „Territorium“ verfügt. Ein Ausreisehoch gab es 2014 (zeitgleich zum Höhepunkt des IS-Einflusses), jetzt sind die Zahlen wieder niedriger geworden. Viele Städte wie Mossul wurden inzwischen wieder zurückerobert. Der IS ruft heute häufiger dazu auf, Anschläge in Europa zu begehen. Der VS geht davon aus, dass sich mittelfristig der territoriale Machtbereich des IS weiter verringern wird.

Eine Teilnehmerin beschreibt, dass in den letzten zwei Jahren viele Menschen aus der Russischen Föderation (vor allem TschetschenInnen) nach Deutschland migriert sind. Viele orthodoxe MuslimInnen fliehen aus dem Nordkaukasus und gehen zum Teil weiter nach Syrien. Sind es eher MigrantInnen oder Menschen, die in Deutschland aufgewachsen sind, die nach Syrien ziehen? Der VS hat eine Studie zu den Gruppen gemacht, die davon betroffenen sind und er hat analysiert, dass türkisch- und arabischstämmige Personen verstärkt repräsentiert sind. Auch aus dem Kaukasusbereich gibt es tatsächlich Personen, die Richtung Syrien/Irak ausgewandert sind (z.B. Russlanddeutsche). Wenn die Sicherheitsbehörden entsprechende Hinweise haben, wird versucht die Ausreise zu verhindern. Es gibt die Möglichkeit, den Reisepass zu entziehen, wenn der VS Anhaltspunkte dafür hat, dass die Person sich einer ausländischen terroristischen Vereinigung anschließen möchte. Aber selbst mit dem Personalausweis kann über die Türkei, Dänemark, Belgien etc. nach Syrien eingereist werden.

Unterscheiden sich die Motive, sich dem IS anzuschließen je nach Herkunftsland? Um diese komplexe Frage zu beantworten, müssten mehrere Disziplinen zusammenkommen (Soziologie, Psychologie, Geographie). Das Radikalisierungsphänomen bleibt laut Nikolov eine Einzelfallbetrachtung, da es keine verallgemeinerbaren Abläufe/Faktoren gibt. Viele haben Brüche in der Biografie, Diskriminierungserfahrungen, Probleme in der Familie (also häufig nicht religionsbezogene Problemlagen). Ein Großteil der Jugendlichen hat keine genaueren Kenntnisse über den Islam. *„Der gemeinsame Kitt ist die Ideologie. [...] Wie können wir diese Ideologie entzaubern und entkräften?“* Die Herausforderung sei, schneller als die Salafisten zu sein. Welchen Beitrag können Schulen, soziale Einrichtungen, Museen leisten, um Prävention zu leisten und die Jugendlichen mit ihren Problemlagen aufzunehmen? Die Altersgruppe zwischen 18 und 30 Jahren ist besonders betroffen (wie beispielsweise auch beim „Linksextremismus“). Je älter die Personen werden, desto mehr entfernen sie sich meist von einer Gewaltorientierung. Ohne Unterstützung von außen ist es allerdings sehr schwer, sich von einer islamistischen Gehirnwäsche wieder zu lösen.

Der Salafist Pierre Vogel aus Frankfurt ist mit seinen öffentlichen emotionalen Kundgebungen ein gutes Beispiel für Mobilisierungsstrategien, die Jugendliche begeistern können. Er gilt ihnen als eine Art Kumpel oder „großer Bruder“. Heute wird Pierre Vogel allerdings vom IS als Feindbild angesehen, weil er etwas „zurückrudert“. Heute geht es weniger um derartige Kundgebungen als um erlebnisorientierte Formate wie Koran-Verteil-Aktionen (wie von der „Wahren Religion“). Die Aktion „Lies!“ ist ein Teil dieses Vereins. Personen, die sich im Umfeld dieser Stände aufgehalten haben, haben sich später radikalisiert und sind teilweise ausgereist (die Koran-Verteilung wäre generell kein Problem, sondern nur in diesem Kontext.) Der ehemalige Rapper Dennis Cuspert ist ein deutschsprachiger Propagandist für den IS, der Videos in sozialen Netzwerken streut und im Umfeld der Berliner salafistischen Szene unterwegs war. Auch Radikalisierung in Justizvollzugsanstalten ist ein großes Thema. Hier fordert Marcel Nikolov mehr Aufklärungsarbeit, Seelsorger, Imame etc.

Eine Teilnehmerin thematisiert Traumata und Depressionen (Gewalt- und Kriegserfahrungen, aber auch durch die Situation der Geflüchteten in den Aufnahmelagern) als Ursache für Radikalisierung. Laut Herrn Nikolov ist es politisch gewollt, Präventionsarbeit zu leisten und genau da anzusetzen. Dafür werden jedoch zu wenige Ressourcen zur Verfügung gestellt. Gari Pavkovic erklärt aus psychologischer Sicht, dass Menschen, die gewalttätig sind, überdurchschnittlich häufig als Kind Gewalterfahrungen hatten. Durch Krieg posttraumatisch belastete Flüchtlinge neigen dagegen eher zu Selbstzerstörung, Depressivität und Selbstmorden. Häufig fühlen sie Schuld und Scham für das eigene Überleben während andere sterben mussten. Das sind für gewöhnlich nicht diejenigen, die „explodieren“ und anderen Gewalt antun.

Ein anderer Teilnehmer kommentiert gewisse Zyklen in der Bearbeitung von Themen (wie jetzt gerade Islamismus und Radikalisierung). Aktuell würden aktionistisch viele Fördergelder (des Bundes) freigesetzt und an NGOs vergeben, allerdings ohne einen „TÜV-Check“. *„Das ist ein Stück weit auch Selbstberuhigung.“* Besonders Peer-Group-Ansätze funktionieren sehr gut. Mehrere TeilnehmerInnen fordern die Finanzierung von strukturellen Lösungen mit langfristiger Perspektive, nicht auf der Basis von Förderprogrammen. Viele Präventionsprojekte können ihre MitarbeiterInnen nur prekär und temporär beschäftigen. Eine Teilnehmerin fordert, dass es auch die Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes sei, dies zu thematisieren.

Abschließend wird der Fokus auf Prävention gelegt: Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen und Begrifflichkeiten enorm wichtig ist, um fundiert

argumentieren zu können. Es geht laut Marcel Nikolov darum, ein weltliches Islamverständnis zu erreichen. Kognitive Prävention ermöglicht, mit Menschen zu arbeiten, die sich im Radikalisierungsprozess befinden. Nikolov berichtet von einer Veranstaltung mit Jugendlichen, die den niedergeschossenen Polizisten vor dem Charlie Hebdo-Gebäude für einen Fake und eine „Verschwörung des Westens gegen die Muslime“ halten. Sie sahen sich selbst als Opfer und identifizierten sich mit anderen MuslimInnen, die beispielsweise in den palästinensischen Gebieten verfolgt werden. Es war sehr schwer, an die Jugendlichen heranzukommen, hier ist pädagogische und psychologische Expertise notwendig. Hier kommt der VS an seine Grenzen und sieht auch seine Verantwortung nicht hier.

Vorausgesetzt, es geht vorwiegend um Männer/männliche Jugendliche, die sich radikalieren – werden Frauen in der Präventionsarbeit überhaupt ernst genommen? Der VS macht selber keine aktive Präventionsarbeit, so dass Herr Nikolov dazu wenig sagen kann. Die Wissenschaftlerin und Journalistin Claudia Dantschke arbeitet zusammen mit einem Islamwissenschaftler für die Initiative Hayat, die sich mit sich radikalierenden Jugendlichen beschäftigt und diese mehrere Jahre lang begleitet. Gerade an Schulen bekommt sie Zugang zu den Schülerinnen, berichtet eine Teilnehmerin. Eine andere erfolgreiche Präventionsinitiative ist das Violence Prevention Network mit Thomas Mücke. Eine 100%ige Erfolgsaussicht gibt es jedoch nie. Ein Teilnehmer berichtet von einem ehemaligen Kollegen in der Integrationsabteilung, der marokkanischer Imam und Theologe ist. In einer Schule gab es einen Fall von einem Jugendlichen aus dem salafistischen Milieu, der dort beten wollte. Die Lehrerin hat die Eltern zu einem Gespräch mit dem renommierten Islamwissenschaftler gebeten, um zu vermitteln. Er wurde jedoch von dem Jugendlichen nicht als „richtiger Muslim“ anerkannt. Das zeigt, dass auch ihm als Mann und Theologen die Kompetenz abgesprochen wurde. Es sei wichtig, den Jugendlichen eine Alternative anzubieten und ihnen nicht nur argumentativ zu begegnen. In der Workshop-Gruppe spaltet sich die Meinung, inwiefern das Thema Geschlecht in der Präventionsarbeit und in der pädagogischen Arbeit eine Rolle spielt. Überwiegend arbeiten Frauen in dem Bereich und es bleibt die Frage im Raum stehen, wie sehr sie akzeptiert werden und ob nicht noch mehr Männer in diesem Bereich arbeiten sollten.

Marcel Nikolov formuliert als Handlungsbedarf:

- Repression durch die Sicherheitsbehörden gewährleisten, da wo es möglich ist (Strafverfolgung, Ermittlungsverfahren)
- Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen
- Ressourcen und Kooperationsformen sicherstellen

Protokolliert von: Anna Loffing